

HILDESHEIM

Gauweiler wettet vor CDU gegen EZB-Beschluss

HILDESHEIM. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler hat vor 50 CDU-Mitgliedern gegen den EZB-Beschluss gewettet, Staatsanleihen zu kaufen. Danach sprach er in der Uni-Reihe „Europa-Gespräch“ vor 200 Zuhörern. **Seite 13**

Für Gauweiler serviert die CDU sogar Marschmusik

CSU-Mann attackiert vor Hildesheimer CDU die EZB und wirbt für Integration „anständiger Ahmeds und Fatimas, die dazugehören wollen“

VON RAINER BREDA

HILDESHEIM. Die Chance wollte sich Dirk Bettels nicht entgehen lassen. Peter Gauweiler als Redner bei den Europa-Gesprächen der Uni in Hildesheim? Dann muss der prominente Bundestagsabgeordnete aus Bayern aber auch bei seinen Parteifreunden vorbeischauen, fand der Chef der Stadtmitte-CDU, der ein Näschen für publikumswirksame Veranstaltungen hat. Und Gauweiler tatsächlich die Zusage abknöpfte, eine Stunde eher anzureisen. „Hoffentlich zieht der Mann auch ...“, grübelte Bettels noch kurz vor dem Termin.

Die Sorgen erweisen sich als unbegründet. Als Gauweiler ins Schärling schreitet, platzt das Lokal aus allen Nähten. Wo sonst mittelalte, linksliberale Gäste beiderlei Geschlechts einkehren, sitzen an diesem Abend viele ältere, konservative Männer. 50 Menschen drängen sich in der Kneipe gegenüber der Volkshochschule, dort hat Gauweiler eine Stunde später seinen zweiten Auftritt.

Der Empfang im Schärling ist herzlich: Bettels lässt den Bayerischen Defiliermarsch vom Band einspielen, er kündigt den CSU-Politiker als politischen Erben des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß an. „Hätte ich das gewusst, wäre ich in Lederhosen gekommen“, scherzt Gauweiler und grinst. Ein paar flotte Bemerkungen über die geschichtlichen Bande zwischen München und Hildesheim, dann kommt er zum Thema des Tages. Das auch sein ganz persönliches Thema ist.

Die Europäische Zentralbank will für 1,4 Billionen Euro Staatsanleihen kaufen,



Eine kräftige Portion Konservatismus im ansonsten eher liberalen Schärling: Gauweiler zieht zu einem Defiliermarsch ein. Foto: Kaiser

gegen einen ähnlichen Beschluss ist der Bayer vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Auch den Euro-Rettungsschirm ESM und den Lissaboner EU-Vertrag hat der Jurist angefochten, der

in all dem Kompetenzüberschreitungen zu Lasten der Demokratie sieht. Auch den neuen EZB-Beschluss hält Gauweiler für unrechtmäßig: Während er in Hildesheim spricht, verschickt sein Mün-

chener Büro eine Presseerklärung quer durch die Republik.

Die CDU-Mitglieder im Schärling, darunter auch Engelbert Nelle als Vertreter des CSU-Freundeskreises, hören Gau-

weilers harsche Kritik aus erster Hand. Die Bundesregierung müsse gegen den Staatsanleihen-Beschluss beim Europäischen Gerichtshof klagen, fordert er. Falls nicht, werde er das Verfassungsgericht anrufen. „Und wenn es das letzte ist, was ich mache, bevor ich aus dem Bundestag hinausgetragen werde.“ Der 65-Jährige wettet auch gegen die Stimmverteilung im EZB-Rat: Deutschland habe in dem Gremium nur einen Sitz, obwohl die Bundesbank bei der EZB mit 27,5 Prozent hafte. „Dem hätten wir nie zustimmen dürfen, das darf so nicht bleiben – auch wenn diese Kritik gegen unseren eigenen Laden geht.“ Europa sei der Idee der Freiheit verpflichtet. „Da geht es nicht, dass wir anstatt eines Zentralkomitees in Moskau ein neues woanders bekommen.“

Bei aller Leidenschaft in Sachen EZB kommt Gauweiler auch noch zur Integration: „Jeder von uns kennt doch einen Ahmed oder eine Fatima, die anständige Leute sind und bei uns dazugehören wollen.“ Wer das wolle, den müssten die Deutschen auch annehmen. „Dafür müsst gerade ihr etwas tun, die Konservativen, nicht diese linken Dauerarmarmer“, appelliert Gauweiler an sein Publikum. Aber die islamischen Geistlichen müssten eben auch ihr Verhältnis zur Gewalt klären, zitiert der CSU-Politiker Kanzlerin Angela Merkel. Gelingte die Integration, habe Deutschland eine Riesenzukunft, „überstehen wir auch Herrn Draghi“. Dann muss Gauweiler über die Burgstraße in die VHS huschen – wo bereits Veranstalter Professor Michael Gehler und 200 Zuhörer warten.

Es geht, natürlich, um die EU.